

4/1998

CDU/CSU-
Kongreß

In die eigene Zukunft starten

Mit einem Kongreß am 28. Januar in Hannover und mehr als 1.000 Teilnehmern startete die CDU/CSU-Fraktion eine Initiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen. Sie will damit in der Öffentlichkeit für mehr Unternehmergeist werben und Existenzgründer in ihrem Vorhaben unterstützen.

Unter dem Titel „In die eigene Zukunft starten“ präsentieren Existenzgründer ihre Erfolgsgeschichte. Darunter auch namhafte Existenzgründer wie der Vorstandssprecher und Gründer der SAP Aktiengesellschaft

**Kongreß der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion für
Existenzgründer am 28. Januar
in Hannover**

sellschaft Dietmar Hopp und der MobilCom-Chef Gerhard Schmid. Beide hatten es in der Vergangenheit verstanden, die Möglichkeiten des Marktes, insbesondere die großen Wachstumsraten bei den Dienstleistungen für den Ausbau ihrer Unternehmen zu nutzen. Während sich Schmid in diesem Monat mit einem Firmenwert von einer Milliarde Mark präsentieren konnte, hat die SAP Aktiengesellschaft be-

Fortsetzung auf Seite 3

Dokumentation: Wachstum,
Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit.
Zahlen, Daten, Fakten. Grüner Teil

HEUTE AKTUELL

- **CDU/CSU-Kongreß**
Wolfgang Schäuble: Mut zum Start in die eigene Zukunft. Seite 6
- **Sozialdemokraten**
Vergebliches Nachlaufen. Zum SPD-Programm „Die innere Einheit vollenden“. Seite 7
- **Nordrhein-Westfalen**
Herbert Reul: Der Streit in der SPD hat unsere Ausgangsposition verbessert. Seite 10
- **Senioren-Union**
Um jede Stimme kämpfen – gemeinsam mit Helmut Kohl für den Wahlsieg. Seite 12
- **Innere Sicherheit**
WAHLKAMPF 1998: Verdachts-unabhängige Kontrollen müssen in die Polizeigesetze. Seite 16/17
- **CDU Sachsen-Anhalt**
Die Mannschaft für den Regierungswechsel. Seite 18
- **CDU Hessen**
Roland Koch Nachfolger von Manfred Kanther als Landesvorsitzender. Seite 22
- **KURZ & BÜNDIG**
Zu einer großen Bildungsreform, die auf Qualität zielt. Seite 25

Kurz & gut

Meister-BAföG erhöht

Um zwei Prozent – genau wie bei den Studenten – werden in diesem Jahr auch die staatlichen Unterstützungen für angehende Meister oder Techniker erhöht. Einkommensunabhängig erhalten Meisterschüler künftig bis zu 1.085 DM monatlich, davon bis zu 383 DM als Zuschuß. Der Rest ist rückzahlbares verzinsliches Darlehen. Bei Verheirateten erhöht sich die Förderung um 420 DM. Für jedes Kind gibt es weitere 250 DM. Alleinerziehende erhalten einen bedarfsabhängigen Zuschuß von 200 DM pro Kind.

Bis zu 20.000 Lehrstellen

könnten nach Einschätzung des Zentrums für Türkistudien an der Universität Essen türkische Unternehmer in Deutschland zusätzlich schaffen. Eine Umfrage des Zentrums bei türkischen Betrieben hat ergeben, daß 81,2 Prozent von ihnen die Voraussetzungen für die Ausbildung von Lehrlingen erfüllen.

Arbeitsplatz Privathaushalt

Über 600 neue sozial abgesicherte Voll- und Teilzeitarbeitsplätze bieten bundesweit mehr als 61 Dienstleistungszentren und -agenturen an - und monatlich wächst deren Zahl. Das ist die Bilanz der von der Bundesregierung vor einem Jahr eingeleiteten Maßnahmen zur Erschließung des Beschäftigungsfeldes Privathaushalt.

ERASMUS sehr gefragt

Rund 95.000 deutsche Studenten haben seit 1987 das EU-Austauschprogramm ERASMUS genutzt. Insgesamt nehmen rund 500.000 Studenten die Chance für einen Studienaufenthalt in einem Nachbarland wahr.

Für ein Rekruten-Gelöbnis am 13. August in Berlin

Das Parteipräsidium der CDU unterstützt die Absicht von Bundesverteidigungsminister Volker Rühe, Rekruten-Gelöbnisse auch weiterhin in der Mit-

te der Bevölkerung durchzuführen. Es sei eine Schande, daß Rot-Grün in Hamburg ein solches Gelöbnis in der Hansestadt nicht zulassen will. Was

Berlin angeht: Der Dienst der Soldaten in der Bundeswehr steht für Einigkeit und Recht und Freiheit. Das muß auch in der Mitte unseres Landes

und in der Bundeshauptstadt deutlich werden. Was den 13. August angeht: Dieser Tag verbindet die Erinnerung an Unfreiheit mit dem Bewußtsein,

daß die Bundeswehr der Garant unserer Freiheit ist. Kanzleramtsminister Friedrich Bohl: "Es gibt keinen Grund, die Armee unserer Söhne zu verstecken."

CDU

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE NR. 4

"Betriebsratswahlen sind mindestens so wichtig wie Kommunalwahlen. Ein Konzern-Betriebsrat entscheidet über mehr als 30.000 Beschäftigte, und das ist die Größe einer politischen Gemeinde."

Rainer Eppelmann,
Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)

Bundeskanzler Helmut Kohl: Ich begrüße die einmütige Erklärung der deutschen Bischöfe

Zur Diskussion über die kirchlichen Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen im Zusammenhang mit dem Schreiben von Papst Johannes Paul II. vom 11. Januar erklärte der CDU-Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ich begrüße und unterstütze nachdrücklich die gemeinsame Erklärung der deutschen Bischöfe, daß sie auch in Zukunft "keine Abstriche im Angebot und in der Qualität der Beratung für schwangere Mütter in Not" machen werden und ihnen weiterhin wirksame Hilfe anbieten wollen.

Hilfe für schwangere Mütter wie bisher

Ich hoffe sehr, daß sie bei der beabsichtigten Neuordnung der kirchlichen Beratungstätigkeit einen Weg finden werden, der dazu führt, daß schwangere Mütter in einer Konfliktsituation - wie bisher auch - die Konfliktberatung der kirchlichen Beratungsstellen annehmen werden.

Die Arbeit der katholischen Beratungsstellen dient auf wirkungsvolle Weise dem Schutz des ungeborenen Kindes, sie stärkt das Bewußtsein, daß das ungeborene Kind auch der schwangeren Frau gegenüber ein eigenes Recht auf Leben hat, ermutigt die Frauen zur Fortsetzung der Schwangerschaft und eröffnet ihnen Perspektiven für ein Leben mit dem Kind.

Ja zum Leben glaubwürdig gemacht

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der katholischen kirchlichen Beratungsstellen leisten einer großen Zahl von Frauen entscheidende Hilfe. Sie haben in vielen Fällen das engagierte Eintreten der katholischen Kirche für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder konkret verwirklicht und glaubhaft gemacht.

Für diese wertvolle Arbeit, mit der sie für das "Ja" zum Leben in der pluralistischen Gesellschaft von heute wirksam und glaubwürdig Zeugnis ablegen, verdienen sie Dank und Anerkennung.

Die Skepsis nimmt ab

Zuversichtlich hat der Bundeskanzler die Erwartung ausgesprochen, daß viele Bundesbürger ihre Skepsis gegenüber dem EURO verlieren werden. Wenn über die Einführung der neuen Währung entschieden ist, werde

auch die Zustimmung kommen, sagte Helmut Kohl in Hannover bei der Auftaktveranstaltung der CDU zur Niedersachsenwahl. Die Bevölkerung registrierte auch, daß sich die Wirtschaft bereits auf den EURO eingestellt hat.

Endgültig verloren

wäre unsere internationale Spitzenposition auf einem wichtigen Feld der Hochtechnologie, wenn Rot-Grün die energiepolitische Linie des Verwaltungsgerichts Urteils zum Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich

auch bundesweit durchsetzen könnte. Der von SPD und Grünen gewollte totale Ausstieg würde rund 40.000 Arbeitsplätze in der deutschen Atomwirtschaft und in den mit ihr verbundenen Unternehmen gefährden.

Zum Weitersagen und Weitergeben

Mit dem Logo „WAHLKAMPF 1998“ versehen, finden Sie auf Seite 16/17 heute zum erstenmal eine Rubrik, die bis zum 27. September für die wichtigsten Wahlkampf-Themen regelmäßig zur Verfügung stehen soll.

Den Anfang macht die innere Sicherheit. Es werden Doppelseiten zu Arbeit, Steuern, Renten, EURO usw. folgen.

Wie das aktuelle Flugblatt mit dem „Wichtigsten der Woche auf einer Seite“ sind die neuen WAHLKAMPF-Beiträge **nicht** in erster

Linie Informationen für Mandats- und Funktionsträger.

Ohne Umwege

■ Sie sind zum Weitersagen und Weitergeben gedacht,

■ sollen, ohne daß eine weitere Umgestaltung oder Umformulierung nötig wäre, unmittelbar Wählerinnen und Wähler informieren und

■ als Sprachregelung dafür sorgen, daß das, was wir politisch wollen, mühelos verstanden und an sprachlich eindeutigen Signalen wiedererkannt werden kann.

Fortsetzung von Seite 1

reits die 40-Milliarden-Marke überschritten. Finanzierungsprobleme spielten bei beiden Unternehmungsgründungen keine Rolle.

Ganz anders bei den jüngeren Unternehmern: Jens Bormann von der bu.w Telefonmarketing, der mit seinem Kollegen und Mitgeschäftsführer spielerisch an die Existenzgründung herangegangen war, gründete noch während des Studiums ein Unternehmen und benötigte hierzu lediglich 20.000 DM. Das war für die öffentlichen Fördergeber offensichtlich zu wenig. Auch die Professoren hatten wenig Verständnis für das unternehmerische Engagement der Jungunternehmer.

Unternehmensgründung und Studium passen nicht zusammen, so ihr vernichtendes Urteil. Daß es dennoch klappen kann, haben Bormann und Co. bewiesen. Inzwischen beschäftigen sie mehr als 450 Stu-

denten. Das Diplom ist für sie lediglich eine rein sportliche Angelegenheit und für das Jahr 2000 anvisiert.

Frau Dr. Plantikow von der NORDUM, Institut für Umwelt und Analytik GmbH & Co. KG, hatte mit ganz anderen Problemen zu kämpfen. Aufgewachsen in der ehemaligen DDR hatte sie von modernem Management wenig Ahnung. Auch geeignete Mitarbeiter zu finden, bereitete ihr erhebliche Schwierigkeiten. Inzwischen hat sich Frau Plantikow mit ihrem Unternehmen am Markt behaupten können und ist im vergangenen Jahr sogar mit einem Preis für erfolgreiche Existenzgründerinnen ausgezeichnet worden. Dr. Rolf Aldag schließlich brauchte mehr Geld, als die Kreditinstitute ihm geben wollten, als er 1992 die EVOTEC BioSystems GmbH aus der Taufe hob. Schließlich sammelte er das Geld bei privaten Investoren, die ihm Millionenbeträge zukommen ließen, ohne daß es ein fertiges Produkt gegeben hätte. Trotz un-

terschiedlicher Probleme waren sich alle Existenzgründer einig: an den Rahmenbedingungen in Deutschland liegt es nicht, daß sich vergleichsweise nur wenige auf den Weg in die Selbständigkeit machen.

Auf das Gründungsgeschehen und die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen in Deutschland ging **Prof. Riesenhuber**, der Vorsitzende der Initiative, ein. Insbesondere stellte er dar, was alles in der Vergangenheit verbessert wurde: Neben steuerrechtlichen Vereinfachungen (Abschaffung von Vermögens- und Gewerbesteuer, Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer) wurden umfangreiche Deregulierungen durchgesetzt, die insbesondere Existenzgründern und jungen Unternehmen Erleichterungen bringen.

Schritt in die Selbständigkeit

Das Risikokapitalangebot für kleine und mittlere Unternehmen wurde ausgeweitet und der Investmentfondsplatz Deutschland ausgebaut. Darüber hinaus wurden Programme aufgelegt, die die Kapitalbeschaffung für junge Unternehmen und die Gründung bzw. Ausgründung von technologieorientierten Unternehmen erleichtern. Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit wurden gefördert, und mit dem Meister-BAföG wurde der Schritt in die Selbständigkeit geebnet.

Auch die Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt wie Bundesminister

Jürgen Rüttgers, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Rüdiger Schiller als Direktor der Deutschen Ausgleichsbank, Hans-Michael Heitmüller vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie Falk Strascheg als Präsident der Europäischen Venture Capital Vereinigung bestätigen, daß die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen in Deutschland durchaus günstig sind.

Hans-Peter Replik wies auf die – nicht zuletzt durch die Stimme Niedersachsens

– im Landtag gescheiterte große Steuerreform hin, die die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen weiter verbessert hätten. Bei der Diskussion wurde deutlich, daß in Deutschland die Risikamentalität fehlt, daß Unternehmer keinen guten Ruf genießen und im Falle eines Scheiterns keine zweite Chance bekommen, so wie es in angelsächsischen Ländern bereits üblich ist. Es fehlt eine Kultur der Selbständigkeit.

Die Diskussion wurde moderiert von **Christian Wulff**, der insbesondere auf die schwache Situation des Landes Niedersachsen bei Existenzgründungen hinwies. Hier liege man im Vergleich zu den anderen Bundesländern an letzter Stelle. Sein Hinweis: Statt alte Industrieunternehmen zu kaufen, für die sich auch private Investoren finden lassen, sollten lieber mutige Frauen und Männer unterstützt werden, die ihr eigenes Unternehmen gründen.

Marktplatz der Innovationen

Der Kongreß wurde durch eine Ausstellung flankiert, die unter dem Stichwort „Marktplatz der Innovationen“ stand. Präsentationen von Banken, Sparkassen, Beratungsfirmen, Venture-Capital-Firmen und anderen werden das Spektrum der bestehenden Hilfen für Existenzgründer transparent machen, welches von der Bereitstellung zusätzlichen Eigenkapitals bis zur Mobilisierung von Beteiligungskapital für risikoreiche Vorhaben reicht.

Die Initiative wird sich in den Regionen fortsetzen. Von Februar bis Juni 1998 werden Veranstaltungen durchgeführt. Die Veranstaltungen werden vor Ort das Gründungsgeschehen stützen und Existenzgründer bei den ersten Schritten in die berufliche Selbständigkeit begleiten.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Wolfgang Schäuble** bemängelte in seinem Schlußwort ebenfalls die mangelnde Risikobereitschaft und Unter-

Konjunktur gewinnt weiter an Tempo

Führende Wirtschaftsforschungsinstitute und Wirtschaftsverbände zeichnen übereinstimmend ein positives Bild der konjunkturellen Entwicklung für 1998. Der konjunkturelle Aufschwung, der bereits im ersten Halbjahr 1997 deutlich an Fahrt zugelegt und sich auch im weiteren Verlauf des Jahres fortgesetzt hatte, gewinnt 1998 nochmals an Breite hinzu.

Am deutlichsten expandieren erneut die Exporte. Mit einem geschätzten Volumen von über 1.000 Milliarden DM liegt der Zuwachs bei den Ausfuhrungen 1998 bei 9,3 Prozent.

Die Wirtschaftsexperten des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle verweisen auch auf die günstige Entwicklung wichtiger ökonomischer Indikatoren der Binnenkonjunktur: Sie rechnen damit, daß der private Verbrauch 1998 real mit einer Zunahme von 1,7 Prozent (nominal 3,8 Prozent) deutlich höher ausfallen wird. „Die Steuerentlastungen zu Beginn des Jahres tragen hierzu ebenso bei wie die Stabilisierung am Arbeitsmarkt und ein beschleunigter Anstieg der verfügbaren Einkommen“ – so die Begründung der Wirtschaftsexperten. Letztere werden nach der Prognose 1998 nominal um 3,9 Prozent zulegen – nach 1,8 Prozent 1997. Dies führt – mit 4,5 Prozent Zuwachs – auch zu einer deutlich erhöhten Ersparnisbildung. Die Entwicklung der deutschen

Industrie treibt den Aufschwung schwungvoll voran. Allein in den neuen Bundesländern ist die Industrieproduktion bereits 1997 mit zweistelliger Rate gewachsen. Die steigende Auslastung der Produktionskapazitäten macht dabei einen weiteren kräftigen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen wahrscheinlich. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle prognostiziert einen Anstieg der Unternehmensinvestitionen 1998 um 4,3 Prozent (1997: 1,0 Prozent), wobei insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen um 6,9 Prozent (1997: 3,9 Prozent) den Aufschwung forcieren.

Und auch die günstigen Rahmenbedingungen sprechen für eine weitere Zunahme der Investitionsnachfrage: Hierzu gehören die niedrigen Zinsen ebenso wie die im Zuge von Modernisierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen gestiegene Wettbewerbsfähigkeit. Damit steigen die Chancen, daß Investitionen getätigt werden, die zusätzlich weiterer Rationalisierung und dem Ersatz auch die Produktionskapazitäten erhöhen und damit neue Arbeitsplätze schaffen.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Zukunftserwartungen der Unternehmen positiv ausfallen: Der vom Ifo-Institut in München veröffentlichte Indikator „Geschäftsklima“ zeigt, daß die Unternehmen durchweg zuversichtlich und optimistisch in die Zukunft blicken.

nehmerfeindlichkeit in Deutschland. Er schlug vor, eine Anlaufstelle für Bürgerbeschwerden gegen die ausufernde Bürokratie einzurichten. Er rief dazu auf, die In-

itiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen bei der Durchführung von Veranstaltungen vor Ort tatkräftig zu unterstützen. ■

Wolfgang Schäuble:

Mut zum Start in die eigene Zukunft

Große Veränderungen entstehen da, wo viele kleine zusammenkommen. Das gilt auch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Sicher müssen die Rahmenbedingungen stimmen: die Lohnnebenkosten dürfen nicht weiter steigen, wofür wir mit der Rentenreform und der Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wichtige Schritte getan haben. Wir brauchen eine Steuerreform, die ihren Namen verdient. Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen vernünftige, neue Beschäftigungsmöglichkeiten Tarifrträge schließen.

Was wir vor allem brauchen, sind Menschen, die den Mut und die Begeisterung mitbringen, um sich selbständig zu machen, als Handwerker, als Architekten, als Softwareentwickler, in der häuslichen Pflege etc. Denn nur in vielen kleinen Unternehmen werden neue Arbeitsplätze entstehen. Wir müssen davon Abschied nehmen, daß die große Mehrzahl der Beschäftigten in größeren Unternehmen tätig sein kann. In Deutschland ist der Anteil von Beschäftigten in Kleinunternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern in den letzten zehn Jahren von 25 auf 35 Prozent gestiegen. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland von Existenzgründern über 200.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Trotzdem bleibt Deutschland, gemessen an anderen europäischen Ländern, weit unter seinen Möglichkeiten. In einer Rangliste liegen wir in der EU bei den Selbständigen an drittletzter Stelle.

Wer erlebt hat, mit welchem Interesse gerade junge Menschen sich überlegen, ob sie den Schritt in die Selbständigkeit wagen sollen, wie wir es auf dem von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion veranstal-

teten Kongreß in Hannover sehen konnten, der darf durchaus optimistisch sein. Natürlich muß der, der sich selbständig macht, fleißiger sein, mehr arbeiten und auch bereit sein, Risiken einzugehen, aber dazu sind viele, gerade junge Menschen durchaus bereit. Wir müssen ihnen hierfür die Chancen geben. Existenzgründern fehlen oft ausreichende Erfahrung, Informationen und kaufmännische Qualifikation. Die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, aber auch die Banken und Sparkassen, Arbeitsämter und Wirtschaftsförderungsgesellschaften müssen dabei noch mehr als bisher helfen. Startkapital ist dank der zahlreichen Förderprogramme nicht mehr das entscheidende Hindernis.

*Nicht weil wir es wagen,
ist es schwer, sondern wenn
wir es nicht wagen,
wird es immer schwerer.“*

Mehr Menschen für den Schritt in die Selbständigkeit zu gewinnen, ist das Ziel der Initiative „In die eigene Zukunft starten“, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den kommenden Monaten durchführt. Damit soll auf das umfangreiche Instrumentarium zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Existenzgründer aufmerksam gemacht, für die jungen Selbständigen Kontakte mitaufgebaut und möglichst viele Menschen, die unternehmerisch denken und handeln, zu Existenzgründungen motiviert werden. Ein bißchen mehr Mut und Zuversicht tut unserem Land gut. „Nicht weil wir es wagen ist es schwer, sondern wenn wir es nicht wagen, wird es immer schwerer.“

Vergebliches Nachlaufen

Wieder einmal versucht die SPD ihr altes Spiel: Durch grob verfälschende Behauptungen will sie Neid und Mißgunst säen. Richtig ist: dank der vorausschauenden Weichenstellung durch die CDU-geführte Bundesregierung kam die erforderliche Umstrukturierung der Wirtschaft und damit der Aufbau der neuen Bundesländer in den letzten Jahren erfolgreich voran.

Die beeindruckende Bilanz des Einigungsprozesses zeigt offen: Der Lebensstandard in den neuen Bundesländern hat sich spürbar verbessert, der Abstand wird geringer. Die vielfältigen Hilfen beim Aufbau Ost, einschließlich der auf hohem Niveau erfolgenden Transferleistungen, fördern und unterstützen auch künftig den wirtschaftlichen Aufschwung der neuen Länder.

Niemand wird diese Solidarität kündigen. Daher ist die von der SPD gehaltene Behauptung einer „Entfremdung“ nicht nur unwahr, sondern auch in grob fahrlässiger Weise schädlich für die weitere Gestaltung der Einheit Deutschlands.

Wie so oft läßt die SPD neue Ansätze vermissen: Kurzum, das Programm ist nur eine Wiedergabe der bereits durch die CDU umgesetzten Maßnahmen.

Die SPD will die Förderpolitik verlängern und straffen.

Tatsache ist: Die CDU-geführte Bundesregierung hat das Investitionszulagengesetz beschlossen, das von 1999 an bis zum Jahr 2004 die Fördermaßnahmen bündelt und konzentriert, um die industrielle Basis weiter zu stärken. Sie führt die bisherige Förderpolitik weiter, die auf beachtliche Erfolge verweisen kann: So wuchs die industrielle Produktion in den neuen Bundesländern 1997 mit zweistelliger Rate.

Die Investitionssumme je Einwohner lag in diesem Jahr erneut höher als in den alten Bundesländern – mit 12.200 DM um rund 50 Prozent. Ein überdies zuversichtliches Geschäftsklima – so das neue Gutachten des Ifo-Institutes – läßt eine weitere Zunahme der Investitionstätigkeit erwarten.

Die Förderpolitik wird durch eine Reihe weiterer Maßnahmen, die dem Aufbau der neuen Länder dienen, begleitet: So wurden

Zum SPD-Programm „Die innere Einheit vollenden: Eine neue Chance für Ostdeutschland“: Erneut verpaßt die SPD den Anschluß!

beispielsweise im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaft“ von 1990 bis 1996 rund 33 Milliarden DM bewilligt. Die Mittel förderten ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 169 Milliarden DM. Rund 1 Million sichere Arbeitsplätze konnten so entstehen. Im neuen Rahmenplan 1998 stellt der Bund hierfür 2,9 Milliarden DM zur Verfügung und übertrifft damit nochmals das hohe Niveau von 1997.

Die SPD will die Industrieforschung durch eine Innovationsoffensive stärken.

Tatsache ist: 40 Prozent der Gesamtaufwendungen für industrielle Forschung und Entwicklung kommen bereits aus staatlichen Töpfen. Die neuen Bundesländer sind auf dem bestem Weg zu einer leistungsfähigen Wirtschaftsregion: So hat sich die Zahl der in den Forschungs-

und Entwicklungsabteilungen beschäftigten Personen bei rund 20.000 Beschäftigten wieder auf einem hohen Niveau stabilisiert. **Mit Erfolg:** Die Zahl der Patentmeldungen steigt. 1996 wurden in den neuen Ländern annähernd 3.800 Patente angemeldet, zwei Drittel mehr als 1992.

Die SPD will mehr Geld in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Ausbildungsplätze investieren.

Tatsache ist: Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen belegt im Dezember 1997 das von Ministerpräsident Stolpe geführte Brandenburg zweimal den letzten Platz unter den neuen Bundesländern: Sowohl bei der Anzahl der Beschäftigten in ABM – hier fördert allein Sachsen weit mehr als doppelt so viele Arbeitnehmer – als auch bei den Vermittlungen in ABM. Hier liegen die drei CDU-geführten Bundesländer vorn, Stolpe hält dagegen erneut die rote Laterne.

Staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können aber nur den notwendigen Anpassungsprozeß unterstützen: Um einen dauerhaften und tragfähigen Strukturwandel zu ermöglichen, muß die private unternehmerische Initiative gestärkt werden. Grundlage hierzu ist eine gute Ausbildung: Darum hat die CDU-geführte Bundesregierung mit der Lehrstellen-Aktion Ost auch im vergangenen Jahr 14.300 zusätzliche Lehrstellen mit insgesamt 190 Millionen DM unterstützt.

Die SPD will den innovativen Mittelstand fördern.

Tatsache ist: Mit dem Programm FUTOUR unterstützt die Bundesregierung innovative technologieorientierte Existenzgründungen. Für Forschungspersonal in Betrie-

ben bis 1.000 Beschäftigte gibt es Lohnkostenzuschüsse in Höhe von 40 Prozent.

Mit Erfolg: Das Forschungspotential steigt insbesondere im Mittelstand: 70 Prozent der Forschungsstellen entfallen auf kleinere und mittlere Betriebe mit weniger als 500 Angestellten. Und auch in der Industrieforschung sind gerade die CDU-geführten Bundesländer Sachsen und Thüringen führend.

Die SPD will die Eigenkapitalausstattung ostdeutscher Unternehmen verbessern.

Tatsache ist: Mit zahlreichen Eigenkapitalhilfeprogrammen fördert die Bundesregierung die Eigenkapitalausstattung ostdeutscher Unternehmen. Zur Vermeidung von Kapitalengpässen dienen letztlich aber auch die umfangreiche, steuerliche und finanzielle Förderung von Investitionen sowie die in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehenden Kreditprogramme.

Die SPD will ein „Nachsorge-Programm“ ehemaliger Treuhand-Unternehmen.

Tatsache ist: Nach der erfolgreich abgeschlossenen Privatisierung und Sanierung besteht nun die Aufgabe der BvS in der strengen Kontrolle, daß die dafür geschlossenen Verträge auch eingehalten werden.

Die SPD will eine wirksamere Organisation der ostdeutschen Außenwirtschaft.

Tatsache ist: Um die neuen Bundesländer zügig in die Weltwirtschaft zu integrieren, stellt die Bundesregierung ihr Instrumentarium zur Außenwirtschaftsförderung speziell auf die Bedürfnisse ostdeutscher

Kohl selbst steht für die Ostförderung

Die SPD will nach einem Wahlsieg im September eine Zentralstelle „Zukunft Ost“ einrichten und dem Leiter derselben Kabinettsrang geben. Diese Ankündigung von SPD-Chef Lafontaine läßt aufhorchen. Noch wissen die Genossen zwar nicht, wer im Kanzleramt im Fall des Siegs das Sagen haben soll, aber Ressortposten werden bereits

angekündigt. In der bisherigen Koalition gibt es eine solche „Zentralstelle“ nicht, weil der Koordinator der Bundesregierung den Rang des Bundeskanzlers mitsamt der Richtlinienkompetenz innehat. Kohl selbst steht (zuweilen zum Ärger seiner Minister und Koalitionspartner) für die Ostförderung.

Die Welt

Firmen ab. Dazu zählen insbesondere die HERMES-Bürgschaften sowie die Auslandsmesseförderung. Bis Ende 1996 wurden allein durch die Hermes-Deckungsmöglichkeiten weltweite Exportgeschäfte und Zulieferungen aus den neuen Bundesländern in einem Gesamtvolumen von über 30 Milliarden DM in Deckung genommen.

Im Rahmen der Auslandsmesseförderung des Bundes erhalten ostdeutsche Unternehmen Sonderkonditionen, zum Beispiel Ermäßigung des Beteiligungsbeitrages, Zuschüsse zu den Rücktransportkosten für Exponate und den messebezogenen Werbungskosten sowie zu den Reisekosten.

Die SPD will eine verstärkte Fortsetzung der staatlichen Infrastrukturprogramme.

Tatsache ist: Für den Aufbau der Verkehrsinfrastruktur hat die Bundesregierung bisher rund 76 Milliarden DM investiert. 1998 sind erneut über 9 Mrd. DM – das entspricht einem Anteil von 41 Prozent aller Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in Deutschland – eingeplant. Zugleich sind für die Modernisierung der Verkehrs-

infrastruktur bis 2005 weitere 70 Milliarden veranschlagt.

Die SPD will stabile Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft.

Tatsache ist: Die Bundesregierung hat durch eine effizient eingesetzte Förderung wie auch durch Sonderregelungen maßgeblich zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft beigetragen. Für die CDU steht fest: Selbstverständlich werden bei der Fortschreibung der EU-Agrarpolitik die Interessen der ostdeutschen Landwirtschaft besonders berücksichtigt.

Personalien

In der Fraktionssitzung am 13. Januar fanden folgende Wahlen statt:

- **Dagmar Wöhrl** wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Wirtschaft der Fraktion gewählt,
- **Peter Ramsauer** zum Mitglied des Ältestenrates und
- **Wolfgang Götzer** in die Finanzkommission der Fraktion.

Generalsekretär Herbert Reul:

Der Streit in der SPD hat unsere Ausgangsposition verbessert

Die NRW-SPD, die lange in Nordrhein-Westfalen als unschlagbar galt, wird zur Zeit auch öffentlich auf das normale Maß zurückgestutzt. Der große „Übervater“ Rau verliert zunehmend an Autorität und wird selbst in der SPD mehr und mehr problematisiert. Darüber kann sein Wahlergebnis auf dem SPD-Parteitag nicht hinwegtäuschen. Es läßt sich nicht mehr verkleistern, daß das Denkmal Rau bröckelt. Mehr als Pflichtapplaus hat es für ihn auf dem SPD-Parteitag nicht gegeben. Gefeierte wurde Oskar Lafontaine, nicht Johannes Rau.

Raus Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD macht deutlich, die SPD NRW ist nicht zum Wandel bereit. Sie ist und bleibt verkrustet. Von Reform und Aufbruch keine Spur. Die Nachfolge von Rau bleibt weiter ungelöst. Rau hat die SPD NRW weiter im dunkeln gelassen, wann er den Regierungsstab an seinen Dauerkronprinzen Clement abgeben wird. Clement nervt

diese Situation zusehends. Äußerungen von ihm wie: „Der bleibt so lange im Amt, bis ich älter bin als er“ oder „Ich kann mit dem Thema kaum noch anders als flapsig umgehen“ machen die zunehmende Resignation von Clement deutlich, wenn es um die Nachfolge von Rau geht.

Rot-pur gegen Rot-grün

Die SPD NRW ist kein einheitlicher Monolith mehr. Im Gegenteil: Aus der ehemaligen Harmoniepartei ist eine Konfliktpartei geworden. Die SPD in NRW ist gespalten und fällt in zwei politisch zerstrittene Lager auseinander. Unversöhnlich steht sich das Rot-pur-Lager um Matthiesen und Clement und das rot-grüne Lager um Behler, Brunn und Horstmann gegenüber. Auch wenn Behler von den SPD-Delegierten für ihre Intrigen abgestraft wurde, sollte man nicht glauben, der angegrünte Teil der SPD sei auf dem Parteitag geschwächt worden. Im Gegenteil: Mit Franz Münte-

Norbert Blüm: Das hätte früher einen Aufschrei ausgelöst

Wenn die SPD noch die alte sozialdemokratische Partei von früher wäre, dann würde sie sich von den Grünen nicht das gefallen lassen, was die mit ihr veranstalten. Die Grünen tanzen der SPD auf der Nase herum. Das zeigt, daß die NRW-SPD Substanz verloren hat. Der eine schreit „Hü“ in der Partei und der andere „Hott“, und

der Johannes Rau ruft „Heiapopeia“. Dabei geht es im Land um 50.000 Arbeitsplätze. Das ist das größte beschäftigungspolitische Projekt in Deutschland, und das wird der Koalitionstaktik geopfert. Das hätte früher einen Aufschrei bis zum letzten Mitglied ausgelöst. Ich glaube nicht, daß die Partei sich das auf die Dauer bieten läßt.

Es bleibt alles beim „Alten“

Zum SPD-Landesparteitag erklärte der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul:

Der beste Parteitagskitt verhindert nicht, daß das Denkmal Rau bröckelt. Heute hat sich das alte Rau-Wort „Wandel braucht Zeit“ auf den SPD-Parteitag wieder einmal eindrucksvoll bewahrheitet. Es bleibt alles beim ALTEN. Personell nichts Neues, alte Politik nicht mal in neuen Schläuchen, von Reformen und Aufbruch keine Spur, und Johannes Rau wackelt weiter bei Garzweiler II. Mit der SPD ist in NRW kein Staat mehr zu machen.

Der Streit in der SPD ist offenkundig. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die „Männerfreundschaft“ zwischen Rau und Clement zerstört ist, dann hat Rau diesen Beweis jetzt geliefert. Nicht einmal hat er seinen Kronprinzen in seiner Parteitagsrede erwähnt.

Tiefer Riß

Der „Nachwuchs“ der NRW-SPD ist schwer beschädigt. Den tiefen Riß in der SPD zeigt das Wahlergebnis der Stellvertreter-Wahlen: Clement hat Prozentpunkte verloren, und Behler ist für ihre Intrigen abgestraft worden.

fering führt ein bekennender Rot-Grüner die SPD-Bundestagswahlliste an.

Das rot-grüne Lager wird zusätzlich von Rau gestärkt, weil er unbedingt Bundespräsident werden will. Diesen Traum kann er sich nur dann erfüllen, wenn erstens Rot-Grün die Bundestagswahlen im September gewinnt und wenn zweitens Rau bis dahin Ministerpräsident bleibt. Ein Rau-Weggefährte wird im Stern (Heft Nr. 6, 29. 1. 98) mit den Worten zitiert:

Aktiv in eigener Sache

„Nachdem er jahrelang im Phlegma lag, wird der Alte jetzt wieder aktiv.“ Der Stern deutet die Rau'schen Aktivitäten so: „Allerdings dient der Ministerpräsident damit vor allem einer Sache: seiner eigenen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Für die CDU hat sich die Ausgangsposition durch den Streit in der nordrhein-westfälischen SPD verbessert. Das heißt aber noch lange nicht, daß sich dieser Streit automatisch in Wählerstimmen für die CDU niederschlägt.

Jede zehnte Mark fließt in die Bildung

Jeder fünfte Deutsche lehrt oder lernt im Bildungssystem. 16,5 Millionen Kinder und junge Erwachsene werden von 1,3 Millionen hauptamtlichen Pädagogen in Kindergärten, Schulen und Hochschulen unterrichtet. Die Bildungsforscher Klaus Klemm und Rainer Block von der Universität Essen kommen in ihrer Studie „Lohnt sich Schule?“ zu dem Ergebnis, daß jede zehnte in Deutschland ausgegebene Mark in den Bildungsbereich fließt. Dies waren 1995 rund 330 Milliarden Mark: 170 Milliarden vom Staat, 160 Milliarden Mark von Familien, Wirtschaft und privaten Institutionen. Dabei wurden die Aufwendungen für den Lebensunterhalt wie auch der Bereich der Weiterbildung nicht mitgezählt.

Um jede Stimme kämpfen – gemeinsam mit Helmut Kohl für den Wahlsieg

1.000 Funktionsträger aus dem gesamten Bundesgebiet der Senioren-Union nahmen an einer Kreisvorsitzendenkonferenz am 28. Januar im Konrad-Adenauer-Haus teil. Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, bezeichnete die Konferenz als „Rüsttag“ für die kommenden Wochen und Monate. Die großartige Resonanz beweist die Mobilisierungsfähigkeit der Union, so Worms: „Die Senioren machen es den Jungen vor. Gemeinsam werden Alt und Jung die Bundestagswahl 1998 gewinnen.“

Generalsekretär Peter Hintze und CDU-Bundesgeschäftsführer Christian Dürig stimmten die aktiven Mitglieder der Senioren-Union auf die Auseinandersetzungen des Wahlkampfes ein. Die strategische Grundlinie unseres Wahlkampfes baut darauf auf, so Hintze, daß den Menschen zunehmend bewußt wird, daß wir in einer Zeitenwende leben. Die nahe bevorstehende Jahrhundertwende und der Eintritt in das neue Jahrtausend, die zunehmend öffentlich reflektiert werden, tragen erheblich dazu bei. Angesichts des Ausmaßes der bewußt erlebten Veränderung und vor allem angesichts der hohen Veränderungsgeschwindigkeit steigt in der Bevölkerung das Verlangen nach Stabilität im Wandel.

Die CDU geht als die politische Kraft in den Wahlkampf, die solche Stabilität und Führung repräsentiert. Das christliche Verständnis vom Menschen ist unser klarer Kompaß auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, führte der Generalsekretär aus. Kein deutscher Politiker verkörpert die Verbindung von Grundsatztreue und visionärer Kraft besser als Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Kanzler-Kampagne bildet das Rückgrat des Wahlkampfes. „Wir führen

Deutschland in das 21. Jahrhundert“ – unter diesem Motto wird die CDU den Bundestagswahlkampf führen und gewinnen.

Bundesgeschäftsführer Christian Dürig rief die Teilnehmer auf, sich von Umfragen nicht beirren zu lassen. Wahlen werden von den Wählerinnen und Wählern und nicht von den Demoskopern entschieden. Auch vor vier Jahren hat sich die Union in einem demoskopischen Tief bewegt und errang schließlich doch den Wahlsieg. Auch diesmal stehen die Zeichen günstig. Die kommende Bundestagswahl wird erneut von Senioren maßgeb-

Kreisvorsitzendenkonferenz der Senioren-Union am 28. Januar im Bonner Konrad-Adenauer-Haus

lich entschieden. Dies wäre nicht das erste Mal in der jüngeren Vergangenheit, daß das Wahlverhalten von Senioren den entscheidenden Ausschlag gibt. Einige Beispiele beweisen dies: Die CDU in Hamburg verdankt ihr gutes Ergebnis bei den letzten Bürgerschaftswahlen mit einem Gewinn von über fünf Prozent der Mobilisierung von Senioren. Die Oberbürgermeister Petra Roth und Wolfgang Schuster in Frankfurt und Stuttgart wären nicht denkbar ohne die überproportionale Zustimmung von Senioren.

Christian Dürig betonte, daß die Partei nicht auf die Lebens- und Berufserfahrung sowie auf die Wahlkampfroutine der Senioren verzichten könne. Er appellierte an die Funktionsträger der Senioren-Union, sich an verschiedenen Punkten der Partei weiterhin und noch verstärkt einzusetzen.

Christian Dürig: Ein erfolgreicher Wahlkampf kann nur durch die reibungslose Zusammenarbeit mit den Bundestagskandidaten und den CDU-Kreisgeschäftsführern gelingen.

Mit Begeisterung wurde der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, empfangen. Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union begrüßte ihn mit den Worten, daß sich der

Kanzler fest auf die Mitglieder der Senioren-Union verlassen könne. In seiner Rede betonte der Kanzler, die Koalition der Mitte ist und bleibt Motor der Innovation für Deutschland. Die CDU-geführte Bundesregierung habe Deutschland auf Reformkurs und damit auf Zukunftskurs gebracht. Sie habe das Arbeitsrecht flexibilisiert und eine grundlegende Reform der Arbeitsförderung durchgesetzt. Es wurden die notwendigen Weichen gestellt, um den Sozialstaat für die Zukunft zu sichern.

Durch die Rentenreform werden keine Renten gekürzt, aber der Rentenzusatz paßt sich dem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung an. Ohne das rechtzeitige Handeln der Bundesregierung wäre ein dramatischer Anstieg der Beitragssätze und damit der Lohnzusatzkosten unvermeidlich gewesen. Es gehe jetzt darum, den Kurs beizubehalten.

Ein weiteres wichtiges Zukunftsprojekt für Deutschland und Europa, so der Kanzler, ist die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Der pünktliche Start des EURO am 1. Januar 1999 wird das Klima für Investitionen und Arbeitsplätze zusätzlich verbessern. Der EURO wird die Wirt-



Helmut Kohl: Die Weichen sind gestellt, um den Sozialstaat auch in Zukunft zu sichern.

schaft unterstützen, im immer härteren internationalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen. Dies sei gleichermaßen gut für das innovative Klima in Deutschland wie für die Arbeitsplätze. Der EURO sei auch politisch für eine gute Zukunft Deutschlands im vereinten Europa entscheidend. Die Einführung einer gemeinsamen Währung bindet die Europäische Union als Friedens- und Freiheitsordnung für das 21. Jahrhundert noch enger zusammen.

Wir gewinnen, wenn wir gewinnen wollen

Deutschland hat beste Chancen für eine gute Zukunft. Die Bundestagswahl 1998 ist im Kern die Entscheidung über die Frage, ob Deutschland seine Innovationsfähigkeit bewahrt und – wenn nötig – noch verstärken wird oder ob es unter einer rot-grünen-Bundesregierung den Anschluß an die Zukunft verpaßt. Von Zukunft, von Innovation verstehen die Christlichen Demokraten mehr, so der Bundeskanzler. Zentrale Aufgabe sei es, das Vertrauen der Menschen in die Reformfähigkeit Deutschlands zu stärken. Die Union hat gute Chancen, die Wahlen zu gewinnen: Wir gewinnen, wenn wir gewinnen wollen. ■

An Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten

Zur anhaltenden Debatte um den Zeitpunkt des feierlichen Gelöbnisses in Berlin erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik, Paul Breuer:

Es ist ein Skandal, wenn der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thierse die Bundeswehr, die auf die freiheitliche Verfassung des demokratischen Rechtsstaates verpflichtet ist, mit den Betriebskampfgruppen des Unrechtsregimes der totalitären früheren DDR vergleicht. Wenn ein führender Repräsentant einer großen Volkspartei derartige Vergleiche anstellt, muß man nach seiner geistigen Orientierung fragen.

Der 20. Juli 1944 erinnert an den Widerstand gegen die von den Nationalsozialisten errichtete erste Diktatur auf deutschem Boden, die unermessliches Leid über die Welt gebracht hat. Der 13. August 1961 erinnert daran, daß der SED-Staat als zweite deutsche Diktatur 17 Millionen Bürger der früheren DDR in Gefangenschaft und Unmündigkeit gehalten hat. An diesem Tag wird auch daran erinnert, daß die deutsche Hauptstadt Berlin 28 Jahre lang unmenschlich geteilt war und Familien voneinander getrennt leben mußten.

Durch unsere wehrhafte Demokratie, die Einbindung in die nordatlantische Allianz und den europäischen Einigungsprozeß konnte die Teilung Deutschlands überwunden werden. Dies war und ist ein Sieg der Freiheit über die Unfreiheit. Die auf die demokratische Verfassung unseres Landes verpflichtete Bundeswehr steht als Bürgerarmee für die wehrhafte Demokratie. Das Gelöbnis freier Bürger ist ein Akt der Selbstverständlichkeit und steht für unsere auf Kooperation und Integration

angelegte Außen- und Sicherheitspolitik. Das Bekenntnis junger Wehrpflichtiger hat nichts mit martialischem Zeremoniell, wilhelminischen Traditionen oder Militäraufmärschen zu tun. Alljährlich finden nahezu drei Viertel aller Gelöbnisse öffentlich statt, damit die Öffentlichkeit Anteil nehmen kann und die Familien unserer Soldaten die Verpflichtung, für Frieden und Freiheit des deutschen Volkes einzutreten, in einem würdigen Rahmen erleben können. Wer hier „parteitaktische Manöver“ unterstellt, hat den tieferen Sinn einer Verpflichtung auf die Verfassung nicht verstanden.

Es gibt keinen überzeugenden Grund, die Bundeswehr, die aktiv für den Frieden in Freiheit und für die Wahrung der Menschenrechte eintritt, an diesem Tag zu verstecken. Die Bundeswehr, die als „Armee der Einheit“ entscheidenden Anteil daran hatte, Mauern in den Köpfen der Menschen aus beiden Teilen Deutschlands einzureißen, kann am Jahrestag des Mauerbaus daran erinnern, daß dieses dunkle Kapitel unserer Vergangenheit mit Mauer, Stacheldraht und Todesschützen gottlob vorüber ist.

Zitat

„Ich bin mir sicher, die ostdeutschen Länder haben das Laufen in den vergangenen sieben Jahren gelernt. Wir haben den Schreck verkraftet, als sich herausstellte, daß aus dem angekündigten Sprint ein Marathonlauf werden würde, für den wir Mut, Ausdauer und Puste brauchen.“

**Ministerpräsident Berndt Seite
in einem Grußwort zum
Brandenburger Dreikönigstreffen**

1948 – 1998

Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler

– Festakt in Salzgitter-Bad –

Über 15 Millionen Menschen aus den früheren deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland wurden 1945/46 aus ihrer Heimat vertrieben. Mehr als 2 Millionen dieser Vertriebenen und Aussiedler kamen nach Niedersachsen, davon über 50 Prozent aus Schlesien.

Bereits im Frühjahr 1948 veranstaltete die CDU/CSU in Braunschweig die erste „Reichstagung der Landesflüchtlingsausschüsse der CDU/CSU“.

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) der CDU/CSU, Nachfolgeorganisation dieser Landesflüchtlingsausschüsse, möchte in Dankbarkeit an die damals Verantwortlichen erinnern und deren Aufbauleistung würdigen.

Gleichzeitig soll aktuell Stellung bezogen werden zu den heutigen Anliegen der Vertriebenen, zur Integrationsarbeit für die Aussiedler und zu den Hilfsmaßnahmen für die in den Heimatgebieten verbliebenen Landsleute.

Der OMV-Bundesvorsitzende Helmut Sauer (Salzgitter) konnte für den Festakt den CSU-Generalsekretär **Bernd Protzner** und den niedersächsischen Landesvorsitzenden **Christian Wulff** als Hauptredner gewinnen.

Der Festakt findet am Sonntag, 15. Februar, in Salzgitter-Bad statt.

Für weitere Informationen stehen die Bundesgeschäftsstelle der OMV der CDU/CSU im Konrad-Adenauer-Haus: 53113 Bonn,
Tel.: 02 28/5 44-4 33;

Fax: 02 28-5 44-4 35 oder der Bundesvorsitzende Helmut Sauer:
38228 Salzgitter, Max-Planck-Str. 8,
Tel.: 0 53 41-5 06 44; Fax: 0 53 41-5 88 22, gern zur Verfügung.

Mein Weg zur CDU

Zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit diesem Titel lädt der Evangelische Arbeitskreis (EAK) ein.

**Termin: Dienstag, 3. März,
19.30 Uhr**

**Ort: Konrad-Adenauer-Haus,
Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
53113 Bonn**

Zur Lage der Bürgerrechtler in den neuen Bundesländern wird Vera Lengsfeld, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, sprechen.

Politik OnLine:

Der tagesaktuelle Informationsdienst

Ab 9. Februar erscheint arbeitstäglich um 13.00 Uhr im Rahmen des Internet-Angebotes der CDU ein politisches OnLine-Magazin mit aktuellen Informationen zur Politik der CDU. Dieser Dienst ersetzt die bisherige Rubrik „Politik aktuell“ in KomSys und steht allen offen, die sich rasch über die Standpunkte der CDU informieren wollen. Sie erreichen das neue Angebot über <http://www.cdu.de>.

Kurz notiert

„**Aktion Sicherheitsnetz**“: Die Innenministerkonferenz der Länder hat bei ihrer Sitzung am 2. Februar der von Bundesinnenminister Kanther initiierten „Aktion Sicherheitsnetz“ zugestimmt. Polizei und Kommunalbehörden sollen härter gegen Kleinkriminelle, Randalierer, Bettler und „Graffiti“-Sprayer vorgehen. Begrüßt wurde der Vorschlag Kanthers, zur Unterstützung der Polizei den Bundesgrenzschutz an besonders gefährlichen Punkten wie Bahnhöfen oder öffentlichen Verkehrsmitteln einzusetzen.

Das sächsische Polizeigesetz, dessen Entwurf im Januar von der CDU-Landesregierung ins Landesparlament eingebracht wurde, gilt als das derzeit schärfste Polizeigesetz in Deutschland. Es sieht die verdachtsunabhängige Kontrolle von Personen, Fahrzeugen und Sachen vor.

Der sachsen-anhaltinische Verfassungsschutz soll künftig bei der Beobachtung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität eingesetzt werden und das Recht erhalten, die Daten jugendlicher Neonazis unter 14 statt bisher 16 Jahre zu speichern. Dies fordert die CDU-Landtagsfraktion in einem im Januar vorgelegten Gesetzentwurf.

Verdachtsunabhängige Kontrollen müssen in die Polizeigesetze!

Die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit. Keine andere Partei in Deutschland setzt sich so konsequent und unbeirrt für den Schutz der Bürger ein wie die Union.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Wegfall der Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen wird Deutschland immer mehr Tätigkeitsgebiet ausländischer Verbrecher und Zielland illegaler Einwanderer. Besonders betroffen sind die Bundesländer mit langen Außengrenzen.

Frühzeitig reagieren

Angesichts dieser Situation muß die Polizei in die Lage versetzt werden, frühzeitig und entschlossen auf Kriminalitätsentwicklungen zu reagieren.

Wesentliches Mittel zur Verbrechensbekämpfung sind in Deutschland die Polizeigesetze (Landespolizeigesetze, Bundesgrenzschutzgesetz). In ihnen sind die Möglichkeiten polizeilichen Handelns enthalten. Sozialdemokratische und rot-grüne Regierungen haben diese Gesetze oft derart entstellt und entschärft, daß entscheidend wichtige Elemente zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung fehlen.

Starke Sprüche – schwache Taten

Ein besonders abschreckendes Beispiel ist das noch in rot-grünen Koalitionszeiten entstandene niedersächsische Gefahrenabwehrgesetz. So sind der Polizei in Niedersachsen das Einschreiten gegen Störungen der öffentlichen Ordnung, Rasterfahndung und verdachtsunabhängige Kontrollen verboten. Schröders „starke Sprüche“ zur Verbrechensbekämpfung stehen in schreiendem Widerspruch zu seiner eigenen Polizei- und Ordnungspolitik.

Die CDU ist hingegen schon seit Jahren mit Erfolg bestrebt, der veränderten Sicherheitslage Rechnung zu tragen und die Landespolizeigesetze zu einem wirkungsvollen Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung auszubauen.

Bei Verdacht: Gezielte Kontrollen

Eine der wichtigsten politischen Forderungen ist dabei die Einführung verdachts- und ereignisunabhängiger Kontrollen in die Landespolizeigesetze.

Die Polizei muß die Befugnis erhalten, auch unabhängig von Verdachtsmomenten oder auffälligen Ereignissen Personen- und Fahrzeugkontrollen durchzuführen. Dabei geht es nicht um flächendeckende beliebige, sondern um gezielte Kontrollen unter der Voraussetzung, daß diese zur Gefahrenabwehr aus polizeilicher Sicht erforderlich sind.

Die Union ist dieses Thema in jüngster Zeit mit großer Entschlossenheit angegangen. In Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen wurden die Polizeigesetze dahingehend geändert, daß verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen dort jetzt durchgeführt werden können. In Sachsen liegt ein entsprechender Entwurf derzeit in der parlamentarischen Beratung.

Mecklenburg-Vorpommern hat sein Sicherheits- und Ordnungsgesetz Ende Januar novelliert. Künftig können dort innerhalb einer 30 Kilometer breiten Sicherheitszone Personen- und Fahrzeugkontrollen auch ohne konkreten Verdacht einer Straftat vorgenommen werden. Verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen sind nun auch im Landesinneren, auf Transitwegen, Autobahnen, Bahnhöfen und Flughäfen möglich.

Erste Erfolge in Bayern

Bayern hat mit seinen verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen bereits erste Erfolge zu vermelden. Unter Einsatz besonders geschulter und erfahrener Beamter gelang es dort, bei 20 bis 25 Prozent der Kontrollen polizeilich gesuchte Personen festzustellen. Im ersten Jahr seit Einführung der Kontrollen wurden gegenüber dem Vorjahr mehr als das Doppelte an illegalen Schleuggungen unterbunden, 68 Prozent mehr illegal eingereiste Ausländer festgenommen, 43 Prozent häufiger gestohlene Gegenstände sichergestellt und acht Prozent mehr ausgeschriebene Straftäter festgenommen.

Diese Erfolgsbilanz zeigt, daß die Einführung verdachts- und ereignisunabhängiger Kontrollen in Landespolizeigesetze ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer erfolgreichen Verbrechensbekämpfung ist. Die Union wird es dabei aber nicht bewenden lassen, sondern alles daran setzen, unser Land noch sicherer zu machen. ■

Stichwort

„**Verdachtsunabhängige Kontrollen**“ dienen vor allem der Identitätsfeststellung und der Prüfung von Berechtigungsscheinen. Viele Straftaten, auch solche, die dem Bereich des Organisierten Verbrechens zuzurechnen sind, lassen sich durch diese Eingriffsbefugnis schnell und unaufwendig bereits im Vorfeld vermeiden. Die Polizeigesetze vieler SPD- bzw. rot/grün-regierter Länder sehen jedoch vor, daß Identitätsfeststellung und die Prüfung von Scheinen nur an bestimmten Orten, wie z. B. Bahnhöfen oder Rotlichtvierteln oder aber bei Vorliegen des Verdachts einer Straftat zulässig sind.

Die Innenministerkonferenz hat darüber hinaus am 2. Februar entsprechende Bemühungen des Bundesinnenministers gewürdigt. Manfred Kanther strebt eine Gesetzesänderung an, wonach Beamte des Bundesgrenzschutzes über den Grenzbereich hinaus verdachtsunabhängige Kontrollen auf Flughäfen, Bahnhöfen, Bahnanlagen und – bei Zugbegleitung – in Zügen durchführen können.

WAHL- KAMPF 1998

Die Mannschaft für den Regierungswechsel

Unser Land aus der politischen Sackgasse holen!

Am 27. Januar hat der Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahlen, Christoph Bergner, seine Mannschaft von Fachleuten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft vorgestellt. Sie sind für jeweils ein landespolitisches Sachgebiet ausgewiesen und stehen für die Übernahme politischer Verantwortung zur Verfügung.

Dieser Expertengruppe gehören nicht nur CDU-Mitglieder, sondern auch parteilose Verfechter von Alternativen zur gegenwärtigen Regierungspolitik in Sachsen-Anhalt an. Gemeinsam wollen sie dazu beitragen, Sachsen-Anhalt aus der politischen Sackgasse zu holen, in die es mit dem Regierungswechsel im Sommer 1994 geraten ist.

„Die Politik unseres Landes befindet sich seit Sommer 1994 in einer lähmenden Verkrampfung, die überwunden werden muß, wenn die Entwicklung Sachsen-Anhalts nicht weiter Schaden nehmen soll“, so der Spitzenkandidat Christoph Bergner bei der Vorstellung seiner Mannschaft.

„Die Mischung von gestandenen Erfahrungsträgern der eigenen Partei mit parteilosen Fachleuten, die bereits an der Erarbeitung programmatischer Aussagen der CDU mitwirkten, soll ein bewußtes Signal sein. Es geht mir nicht um unmittelbare parteipolitische Vorteile, es geht mir darum, die Politik für unser Land in kompetente und solide Hände zu legen, um den weiteren Abstieg Sachsen-Anhalts im Wettbewerb der neuen Bundesländer zu verhindern.“

Im einzelnen charakterisierte Bergner die Mitglieder seiner Mannschaft und ihre Aufgabengebiete wie folgt:

Karl-Heinz Daehre: Der Landesvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende wird dafür sorgen, daß die Eskapaden der Landesplanung und Raumordnungspolitik der letzten Jahre beendet werden und wieder nüchterne Prioritäten und sinnvolle Vorgaben Geltung finden. Sein Engagement im Bereich des Wohnungsbaus hat in der ersten Legislatur wichtige Fortschritte für unser Land gebracht. Darauf gilt es, weiterhin aufzubauen. Seine Kompetenz und Zielstrebigkeit sollen wieder die erforderliche Beschleunigung in die Entwicklung unserer Infrastruktur bringen.

Walter Remmers: kann als wichtiger politischer Erfahrungsträger der Mannschaft gelten. Er steht vor allem für das Feld der Justizpolitik und für Bundesratsfragen. Nachdem unter seiner Leitung in den Jahren 1990 bis 1994 rechtsstaatliche Strukturen in Sachsen-Anhalt erfolgreich aufgebaut wurden, ist in der Folgezeit eine stetige Veroberflächlichung der Justizpolitik unseres Landes eingetreten. Walter Remmers, der als Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verfassung hohes Ansehen über Fraktionsgrenzen hinweg genießt, soll der Justiz in unserem Lande wieder die politischen Grundlagen geben, auf denen sie ihren wichtigen und

vielfältigen Aufgaben gerecht werden und als Garant für Recht und Ordnung gelten kann.

Curt Becker: Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion verfügt bekanntlich über breite Erfahrungen und umfangreiche Kompetenz auf den Gebieten von Verwaltung, Polizei und Kommunalpolitik. Er steht als entscheidungsstarker und kompetenter Politiker dafür, daß in Sachsen-Anhalt das Innenressort einer qualifizierten Führung unterworfen werden kann und überfällige Entscheidungen, wie die der Verwaltungsreform, endlich umgesetzt werden können, überfällige Entscheidungen, wie die der Verwaltungsreform, endlich verwirklicht werden. Vor allem ist mit seiner Person garantiert, daß die CDU positive Perspektiven für unsere Kommunen bietet und sich der wichtigen Frage der inneren Sicherheit mit jeder erforderlichen Konsequenz stellen wird.

Volkhard Uhlig: Bei ihm ist wirtschaftspolitische Kompetenz mit einer ausgeprägten Verwurzelung in der Entwicklung unseres Landes verbunden. Daß ihn dies befähigt, politische Verantwortung insbesondere für die Wirtschaft Sachsen-Anhalts zu übernehmen, haben vor der CDU bereits andere erkannt. Volkhard Uhlig hat sich im Sommer '94 aus der Mannschaft der SPD zurückgezogen, als die politischen Weichen falsch gestellt wurden. Die Fehlentwicklungen, die seitdem eingetreten sind, haben seiner Prognose von damals recht gegeben. Das Mitwirken dieses parteilosen Fachmannes beim Spitzenkandidaten der CDU soll ein Signal dafür sein, daß wir gewillt sind, die im Sommer '94 verstellten Weichen wieder zu richten und der Wirtschaft den wachstumsorientierten Rahmen zu geben, der die Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist.

Petra Wernicke: verkörpert als frühere Landwirtschaftsministerin und ehrenamtliche Bürgermeisterin einer ländlichen

Gemeinde die Kompetenz für den ländlichen Raum in besonderer Weise. Hervorzuheben ist dabei ihr ausgeprägtes Verständnis für die Menschen, die in Land- und Forstwirtschaft tätig sind, und für deren Probleme. Nach dem distanzierten und zum Teil überheblichen Umgang mit den Problemen des ländlichen Raums, der in den letzten Jahren durch die Landesregierung gepflegt wurde, besteht mit Petra Wernicke wieder die Chance einer bürgernahen und ausgewogenen Politik auf dem Lande.

Kurt-Dieter Grill: Mit ihm steht uns einer der ausgewiesenen Umweltexperten der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung. Er hat der CDU-Fraktion in der ersten Legislaturperiode wertvolle Unterstützung geleistet. Aufgrund seiner Herkunft aus dem Wendland ist er stets auf engste mit der Altmark, aber auch den Elblandschaften verbunden gewesen. Er betritt also in Sachsen-Anhalt kein Neuland. Er verfügt über die Kompetenz und das Durchsetzungsvermögen, die Umweltpolitik Sachsen-Anhalts endlich vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das heißt vor allem, daß er sich den wirklich brennenden Fragen wie Abwasser, Abfallentsorgung, Altlastenfreistellung u. a. widmen wird, die in den zurückliegenden Jahren sträflich vernachlässigt wurden.

Die CDU Sachsen-Anhalts hat den Themenkreis Bildung und Wissenschaft und Innovation zu einem ihrer zentralen Arbeitsschwerpunkte gemacht. Sie geht davon aus, daß auf diesem Gebiet ein Schlüssel zur Zukunftssicherung liegt. Diesem programmatischen Ansatz fühlen sich zwei hervorragende Fachleute verpflichtet, die bereit sind, aus Verantwortung für unser Land in der Mannschaft des CDU-Spitzenkandidaten mitzuwirken.

Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz: verfügt nicht nur als ausgewiesener Erziehungswissenschaftler, sondern auch als

fachlicher Ratgeber, etwa als Mitglied des Landesschulbeirates sowie als Sachverständiger der Enquetekommission „Schule und Zukunft“, über eine breite Reputation. Gerade sein Ansehen unter den Parlamentarier der Enquete-Kommission läßt erwarten, daß es ihm gelingt, die fatalen schulpolitischen Verstrickungen der letzten Jahre in Sachsen-Anhalt zu lösen und außerhalb der Grabenkämpfe der Vergangenheit Zukunftsoptionen für unsere Schulen zu entwickeln.

Prof. Dr. Johanna Wanka: Als Frau genießt Frau Wanka aus der Bürgerbewegung und als erste Rektorin unseres Landes ein besonderes Ansehen. Sie hat die Entwicklung unserer Hochschullandschaft nach der Wende wesentlich mitgestaltet. Wir verbinden ihr Mitwirken mit der Erwartung, daß unsere Hochschulen nach einer Phase der Vernachlässigung durch die Landespolitik wieder als geistige Zentren die politische Aufmerksamkeit und Sachkunde erfahren, die sie für die Erhöhung ihrer Attraktivität und Ausstrahlung brauchen. Frau Prof. Wanka verfügt nicht zuletzt aufgrund ihrer Arbeit am Industriestandort Merseburg über sehr gute Erfahrungen, die Hochschulen

und außeruniversitären Forschungseinrichtungen als Quelle wirtschaftlicher Innovation zu entwickeln.

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer: hat als Finanz- und Sozialminister wesentlich am Aufbau unseres Landes mitgewirkt. Er gilt von seinem persönlichen Ethos, seinen Berufserfahrungen und seinem Sachverstand her als besonderer sozialpolitischer Experte. Sein ausgeprägtes Verständnis für haushaltspolitische Zusammenhänge läßt ihn deutlicher als andere die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen für eine gute Sozialpolitik erkennen.

Jürgen Scharf: Die CDU sieht klarer als alle anderen Parteien, daß sich Sachsen-Anhalt in einem finanzpolitischen Desaster befindet. Es bedarf eines Experten wie Jürgen Scharf, der neben hohem finanzpolitischen Sachverstand über breite Kenntnisse auf unterschiedlichen Gebieten der Landespolitik verfügt, um die schwere Aufgabe zu bewältigen, die nach einem Regierungswechsel vor uns liegt: Die Konsolidierung unserer Finanzen muß mit zukunftsorientiertem Gestalten in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft verbunden werden.

Zehn Jahre „Erasmus“: Nachfrage ungebrochen

Rund 95 000 deutsche Studenten haben seit 1987 das EU-Austauschprogramm „Erasmus“ genutzt.

Insgesamt nahmen in Europa rund 500 000 Studenten die Chance für einen Studienaufenthalt in einem Nachbarland wahr, teilte das Bundesbildungsministerium mit. Die Nachfrage in Deutschland sei ungebrochen.

Jeder zweite deutsche Bewerber kommt inzwischen von einer Fachhochschule. Auch die Hochschulen in den neuen Bundesländern beteiligen

sich rege an dem Programm, erklärte die Parlamentarische Bildungs-Staatssekretärin Elke Wülfing.

Die Partnerländer haben sich darauf verständigt, den Gesamtetat für das bis Ende 1999 laufende Programm zu erhöhen.

Zudem sollte durch die verstärkte Förderung von Gastdozenten aus dem europäischen Ausland auch an deutschen Hochschulen mehr Internationalität in der Lehre gefördert werden.

3 500 Gäste beim Neujahrsempfang in Bremen

Auch der diesjährige Neujahrsempfang des Landesverbands Bremen wurde wieder von rund 3 500 Menschen besucht. Landeschef, Parlamentarischer Staatssekretär Bernd Neumann, konnte als Hauptreferenten bei dem größten Neujahrsempfang der CDU in Deutschland Bundesarbeitsminister Norbert Blüm begrüßen.

Bernd Neumann machte in seiner Eröffnungsrede deutlich, daß er ein klares „Ja“ Bremens im Bundesrat zur „Akustischen Raumüberwachung“ erwarte, sonst werde die große Koalition in Bremen „einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt“.

lung Bremens auf und wies auf die Zukunftsprojekte in der Hansestadt hin.

Norbert Blüm stellte eine historische Betrachtung des Jahrhunderts in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Bis zur deutschen Einheit im Jahre 1990 hätte es totalitäre Staaten und massive Verletzungen von Menschenrechten auf europäischen Boden gegeben. In der Zeit des kalten Krieges hätte ein Funke genügt, um einen dritten Weltkrieg mitten in Europa auszulösen. Wörtlich sagte er: „Zum ersten Mal hat eine junge Generation die Aussicht auf einen lebenslangen Frieden.“ Er ging allerdings auch auf die innere Ver-



Rechts neben dem Gastredner Norbert Blüm: Bausenator Bernt Schulte, Bürgermeister Hartmut Perschau und der Landesvorsitzende Bernd Neumann

Der CDU-Landeschef nutzte auch die Gelegenheit, auf die Erfolge hinzuweisen, die seit dem Regierungseintritt der CDU vor zweieinhalb Jahren zu verzeichnen sind. So habe Bremen im ersten Halbjahr 1997 mit 2,9 Prozent das höchste Wirtschaftswachstum aller Länder erzielt. Auf der Ausgabenseite sei 1996 und 1997 nahezu ein Nullwachstum zu verzeichnen gewesen. Zudem sei es gelungen, 1997 netto 100 Mio. DM Schulden zu tilgen. Bürgermeister Hartmut Perschau zeigte in seinem Grußwort die positive Entwick-

lung Deutschlands ein. „Wenn Jammern olympische Disziplin wäre, dann wäre Deutschland ein heißer Kandidat für die Goldmedaille.“ Anpacken und Handeln statt Jammern und Labern, müßte das Credo heißen. An die Arbeitgeber appellierte der Bundesarbeitsminister, wieder mehr Arbeitsplätze zu schaffen und Einstellungen vorzunehmen. Darüber hinaus lehnte er eine Grundrente ab. Mit einer Grundrente gewähre man Schwarzarbeitern auch noch „eine Prämie für die Solidaritätsverweigerung“.

Führungswechsel in Harmonie

Roland Koch Nachfolger von Kanther als Landesvorsitzender

Einen „Führungswechsel in Harmonie“ vollzog die hessische CDU bei ihrem Landesparteitag in Hanau: Nach siebenjähriger Amtszeit übergab Bundesinnenminister Manfred Kanther die Hessen-Flagge an Roland Koch, der bereits 1993 nach Kanthers Wechsel in die Bundespolitik sein Nachfolger als CDU-Fraktionsvorsitzender geworden war. Bei seiner Wahl erhielt Koch, der Anfang kommenden Jahres auch Ministerpräsidenten-Kandidat der hessischen CDU und damit Herausforderer von Ministerpräsident Eichel sein wird, einen beachtlichen Vertrauensbeweis: 379 der 388 Delegierten stimmten für den 39jährigen Rechtsanwalt aus Eschborn, macht exakt 97,68 Prozent Zustimmung.

Auf Initiative des neuen Vorsitzenden war mit einer Satzungsänderung zuvor eine personelle Straffung der hessischen Landespartei beschlossen worden. Die drei (bisher fünf) Stellvertreter des Landesvorsitzenden sind die Rüsselsheimer Oberbürgermeisterin Otti Geschka (Kreis Groß-Gerau), der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Volker Bouffier (Kreis Gießen), und der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Franz Josef Jung (Rheingau-Taunus-Kreis). Zum Nachfolger des langjährigen Schatzmeisters Casimir Prinz Wittgenstein wählten die Delegierten mit dem früheren Landtagsabgeordneten Wilhelm Küchler (Hochtaunuskreis) den Vorsitzenden des Wirtschaftsrates. Ferner gehören dem Präsidium als Beisitzer (drei statt bisher fünf) die stellvertretende Vor-

sitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch (Wiesbaden), die Vorsitzende der Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann (Hochtaunuskreis), und der Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Gerald Weiß (Kreis Groß-Gerau), an.

„Im fairen, anständigen Stil findet der Stabwechsel statt“, freute sich der scheidende Landesvorsitzende Manfred Kanther, der sich in Zukunft noch stärker auf sein Amt als Bundesinnenminister konzentrieren will. So wie die hessische CDU seit Jahrzehnten menschlich miteinander umgehe, so habe sie „dem platten Zeitgeist mit seinen leeren Worthülsen“ über Jahrzehnte hinweg widerstanden. Den Wechsel an der Führungsspitze beschrieb Kanther nicht als „Abschied“, sondern nur als „Veränderung“.

1,5 Prozent genügen zum Sieg

„Da geht kein Abgemeierter und da kommt kein Hochgekämpfter“, hob Kanther hervor, nannte Koch das „frische, klare Gesicht“ der Hessen-CDU für die nächsten Jahre. Zugleich nahm Kanther die Landtagswahl 1999 ins Visier: Der Erfolg sei in greifbarer Nähe: „1,5 Prozent mehr genügen zum Sieg.“

Diesen Ball nahm Koch sogleich auf: „Ich bin entschlossen, dieser rot-grünen Regierung der Tatenlosigkeit in demokratischer Wahl ein Ende zu bereiten. Wir werden kämpfen, wir haben die Chance, wir wollen es wissen.“ Der Regierung Eichel warf der neue CDU-Landesvorsitzende „Entscheidungsunfähigkeit, ja Entscheidungs-

unwilligkeit“ vor. Eine CDU-geführte Landesregierung, so Koch weiter, werde das Land „wieder nach vorne bringen“.

Einen Schwerpunkt in seiner Antrittsrede legte der neue Landes- und Fraktionsvorsitzende bei der inneren Sicherheit, einem Feld, auf dem sich die Hessen-CDU seit Jahren massiv mit der rot-grünen Landesregierung auseinandersetzt. Unter einer CDU-Regierung würden Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung von der Polizei nicht mehr geduldet und Verbrecher mit denselben Mitteln – verdachtsunabhängigen Kontrollen etwa – bekämpft, die Bayern und Baden-Württemberg schon mit Erfolg anwendeten. Der hessische Strafvollzug, so Koch, werde sich unter seiner Führung um den Ruf bemühen, der konsequenteste und härteste in Deutschland zu sein. Koch bekannte sich dazu, daß ausländische Straftäter in Hessen besonders schnell ausgewiesen und abgeschoben werden sollten. Auch wenn dieses zusätzliche Personal koste.

Unterrichtsausfall beenden

Eine hohe Priorität setzt Koch auch bei der Bildungspolitik. Die CDU wolle sicherstellen, daß die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden der vorgegebenen Stundentafel entspreche, spielte Koch auf 150.000 Wochenstunden Unterrichtsausfall im Lande an. Gleichzeitig wolle er alle hessischen Schulformen und Schulen einem regelmäßigen Leistungsvergleich unterziehen. „Wir werden einen verbindli-



Foto: Stefan Husch

Hier kocht der Chef: Der Vorsitzende der hessischen CDU-Landtagsfraktion Roland Koch ist jetzt auch Landesvorsitzender der Hessen-Union.

chen Hauptschulabschluß mit den Verbänden der Wirtschaft vereinbaren, der diesen Schülern wieder eine berufliche Perspektive gibt“, sagte Koch zu. Mit Blick auf die schleppende Verwaltungsreform in Hessen erneuerte Koch die radikale Forderung nach Abschaffung der Regierungspräsidien innerhalb der ersten Legislaturperiode.

Nur durch eine entschlossene Rationalisierung in der Staatsverwaltung seien Spielräume zur Senkung der Personalkosten zu eröffnen, merkte Koch mit Blick auf die Tatsache an, daß Hessen die bundesweit höchste Personalkostenquote aufweist. Ausdrücklich setzte Koch in seiner Rede auch sozialpolitische Akzente, als er seine Partei aufrief, sich verstärkt um die Stimmen von Arbeitnehmern und jungen Frauen zu bemühen. Unternehmen und CDU-geführte Verwaltungen müßten Vorbilder bei flexiblen Arbeitszeiten für Mütter sein und Erziehungszeiten als Qualifikation und nicht als Malus bewerten. ■

Kreisverbände Erftstadt und Siegen-Wittgenstein verstärken Mitgliederwerbung

Das Interesse an politischen Parteien und die Zustimmung zu ihrer Arbeit nimmt in Wahlkampfzeiten zu. Dieses Interesse an der Arbeit der CDU in Wahlkampfzeiten wollen die Kreisverbände Erftstadt und Siegen-Wittgenstein für die Gewinnung neuer Mitglieder nutzen.

Zur Vorbereitung einer verstärkten Mitgliederwerbekampagne führten beide Kreisverbände intensive Bera-

Partei aktiv

tungen, insbesondere mit den Orts- bzw. Stadtverbandsvorsitzenden, durch. Grundlage der Überlegungen sind jeweils sorgfältige Analysen der Mitglieder- und Wählerstruktur der einzelnen Gliederungen. Auch lag die Studie von Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, Bereichsleiter Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, zur Mitgliederstruktur der CDU vor. Von der Bundesgeschäftsstelle stellten der Leiter der Abteilung Parteiorganisation bzw. sein Vertreter ak-

tuelle Formen der Mitgliederwerbung anhand von Beispielen aus den Kreisverbänden vor. In der Diskussion wurde einmal mehr deutlich, die wichtigste Quelle der Mitgliederwerbung sind die Mitglieder selber.

Beide Kreisverbände betreiben seit langem kontinuierlich Mitgliederwerbung, um ihren hohen Mitgliederbestand von jeweils mehreren tausend Mitgliedern möglichst zu halten und auszubauen. So hat der Erftkreis im letzten Jahr 157 neue Mitglieder gewonnen. Der Kreisvorsitzende von Siegen-Wittgenstein, Paul Breuer, hat für 1998 das Ziel vorgegeben, 400 neue Mitglieder zu werben. Er selber hat 1996 14 Mitglieder persönlich gewonnen. Dabei wird jedem Ortsverband eine bestimmte Werbequote zugewiesen, berechnet nach dem Anteil des Ortsverbandes an den Zweitstimmen für die CDU bei der Bundestagswahl 1994 im Kreisgebiet.

Beide Kreisverbände stellen ihre Erfahrungen und Methoden bei der Mitgliederwerbung gerne anderen Kreisverbänden zur Verfügung.

Breuel erwartet Konjunkturschub durch Expo 2000

Von der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover erwartet deren Generalkommissarin Birgit Breuel einen deutlichen Konjunkturschub für die deutsche Wirtschaft: „Die Expo 2000 schafft Jobs und bringt Geld ins Land.“ Unabhängige Gutachter bezifferten die direkten volkswirtschaftlichen Effekte der Weltausstellung unter dem Motto „Mensch – Natur – Technik“ auf mindestens 15 Milliarden Mark. Der Kartenvorverkauf startet am 1. Juni in Verbindung mit einer Image-Kampagne.

Argumente

Zu einer großen Bildungsreform, die auf Qualität zielt

Wichtigster Satz:

„Die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts heißt Bildung.“

Dieser Satz steht im Beschluß „Projekt Zukunftschancen“ des 9. Parteitag der CDU in Leipzig. Im Antrag des Bundesvorstands an den 9. Parteitag lautete er: „Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.“

In der „Berliner Rede“ von Bundespräsident Roman Herzog hieß es: „Bildung muß das Mega-Thema in unserer Gesellschaft werden.“

Das Ziel:

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers: „Wir brauchen in Deutschland das beste Bildungssystem der Welt. Das heißt: Wir brauchen die besten Schulen. Der Standort-Wettbewerb eines Landes beginnt im Klassenzimmer.“

Die Meinungsbildung:

Wir brauchen endlich eine politische Debatte über Schulbücher, Lehrpläne und Lehrerausbildung. **Kurz:** eine Debatte über die Qualität unserer Schulbildung.

Eine internationale Studie (TIMSS) vom letzten Jahr hat ergeben, daß deutsche Schüler im internationalen Vergleich in

Mathematik und in Naturwissenschaften nur einen Platz im Mittelfeld erreichen.

Allerdings: Schüler aus Bayern schneiden besser als Schüler in Nordrhein-Westfalen ab.

Der Weg:

Wir brauchen in Deutschland eine große Bildungsreform – eine Bildungsreform, die auf Qualität zielt.

➔ Mindestens 30.000 Schüler verlassen jedes Jahr die Schule ohne ausreichende Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen.

➔ 100.000 junge Menschen bleiben jährlich ganz ohne Bildungsabschluß.

Die Neuorientierung:

Die Kriterien, nach denen wir unser Schulsystem modernisieren müssen, sind:

- ➔ Leistung,
- ➔ Differenzierung und
- ➔ Chancengerechtigkeit.

Nicht jeder Schüler ist gleich bildungsfähig. Chancen für praktisch Begabte muß mit entsprechenden Schwerpunkten die Berufsausbildung eröffnen. Richtiges Lernen strengt an.

Drei Folgerungen:

➔ **Die Schule muß die jungen Menschen zu lebenslangem Lernen motivieren.**

Da sich unser Wissen alle 5 bis 7 Jahr verdoppelt, gibt es den Satz nicht mehr: „Jetzt habt ihr alles gelernt, was ihr bis zur Rente braucht.“

➔ **Die Schule muß besser auf die Arbeits- und Berufswelt vorbereiten.**

Eine Schulbuchstudie hat ergeben, daß wichtige Lebensbereiche wie Wirtschaft, Technik und Beruf in den deutschen Schulbüchern nur am Rande vorkommen.

➔ **Die Schule muß die grundlegenden Kulturtechniken vermitteln.**

Zu den Grundfertigkeiten gehört heute auch die Fähigkeit, elektronische Informationen zu nutzen – **Schlüsselwort: Medienkompetenz** – und die Digital-Technik zu beherrschen.

Was Schule leisten muß

Aus einem Thesenpapier der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan zum bildungspolitischen Kongreß der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag im November 1997:

Schule muß eingebettet sein in eine allgemeine gesellschaftliche Kultur der Leistung und des Lernens. Schule ist ein spezifisches Lernfeld unter vielen, zwischen denen Abstimmung und Verknüpfung nötig sind.

Konkrete Akzente einer Bildungsreform:

- ➔ **Kindgerechte Schuleingangsstufe:** Jedes Kind soll die Möglichkeit erhalten, zu dem Zeitpunkt eingeschult zu werden, der seiner individuellen Lernbiographie am besten entspricht.
- ➔ **In 12 Jahren zum Abitur:** Wer in 12 Jahren dieselbe Leistung erbringen kann wie andere in 13 Jahren, soll die Möglichkeit dazu erhalten.
- ➔ **Schnittstelle Schule-Beruf:** Die Leistungsfähigkeit des dualen Systems der beruflichen Bildung muß erhalten bleiben: durch die noch bessere inhaltliche und organisatorische Orientierung der Schule an den Bedürfnissen der Betriebe.
- ➔ **Noten:** Leistungsmessung und -bewertung sind ein Element der Kommunikation in der Lehrer-Schüler-Beziehung und innerhalb der Lerngruppe. Noten sind notwendige Reduktion dessen, was im Klassenraum geschieht. Sie dienen als wichtige Information für Eltern und Bildungsabnehmer.

Materialien für **EURO** Veranstaltungen



● Leitfaden für EURO-Veranstaltungen

Bestell-Nr.: 4219
Verpackungseinheit: 5 Expl.
Preis je Einheit: 10,- DM

Nr.	Artikel	Menge	Preis
11217	Euro-Paket 1		
	• Ankündigungsplakat A1	25 Expl.	
	• Dekoplatat A1	25 Expl.	
	• Dekoplatat A2	25 Expl.	
	• Dekoplatat 50 cm x 126 cm (Rednerpultverkleidung)	5 Expl.	
	• Rahmenflugblätter	500 Expl.	
	• Aktionsleitfaden	1 Expl.	55,- DM
11218	Euro-Paket 2		
	• Ankündigungsplakat A1	50 Expl.	
	• Dekoplatat A1	50 Expl.	
	• Dekoplatat A2	50 Expl.	
	• Dekoplatat 50 cm x 126 cm (Rednerpultverkleidung)	10 Expl.	
	• Rahmenflugblätter	1000 Expl.	
	• Aktionsleitfaden	2 Expl.	
	• Mikrofonschutz	2 Expl.	
	• Rückwandgroßdisplay	1 Expl.	460,- DM



● EURO-CD-ROM zur multi-medialen Unterstützung eines Vortrages zum Thema „EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft“ – mit Musterrede

Bestellungen der CD-ROM:
CDU-Bundesgeschäftsstelle,
Tel. (02 28) 5 44-4 77, Fax (02 28) 5 44-4 82.
Preis: 15,- DM zuzüglich MwSt.
und Versand.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

WAS LEISTET ROT-GRÜN?

**Steuerreform blockiert
Verbrechen ignoriert
Bildung reduziert
Landesfinanzen ruiniert**



WIR GESTALTEN ZUKUNFT!

CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

4/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon: (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.